

## Antrag

**der Abgeordneten Michael Schlecht, Klaus Ernst, Karin Binder, Susanna Karawanskij, Jutta Krellmann, Thomas Lutze, Thomas Nord, Richard Pitterle, Dr. Petra Sitte, Dr. Axel Troost und der Fraktion DIE LINKE.**

### **Parlaments- statt Ministererlaubnis im Kartellrecht**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Kartellrecht sieht zu Recht neben der Beurteilung und ggf. dem Verbot von Zusammenschlüssen durch die Kartellbehörden die Möglichkeit der politischen Überprüfung dieser Entscheidung vor. Dies ist notwendig, da das Bundeskartellamt bei seinen Beschlüssen keine Gemeinwohlinteressen wie Beschäftigungssicherung oder Verbraucherschutz berücksichtigt. Das Verfahren um den Zusammenschluss von Kaiser's Tengelmann und Edeka hat einmal mehr verdeutlicht, dass die jetzige Ministererlaubnis der politischen Tragweite von Großfusionen nicht gerecht wird. Die Abwägung von überragenden öffentlichen Interessen bzw. gesamtwirtschaftlichen Vorteilen gegen die Zunahme bzw. Entstehung von Marktbeherrschung darf nicht allein der Person des Wirtschaftsministers überlassen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem

1. eine Parlamentserlaubnis statt der Ministererlaubnis im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen mit der Maßgabe geregelt wird, dass, wenn ein Antrag auf Erlaubnis zu einem vom Bundeskartellamt untersagten Zusammenschluss beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie gestellt wird, dieser einen Beschlussantrag vorbereitet und dem Parlament unterbreitet. Das Parlament berät, ändert gegebenenfalls und beschließt diesen Antrag;
2. ein im Rahmen der Parlamentserlaubnis zu berücksichtigendes überragendes Interesse der Allgemeinheit definiert wird, insbesondere durch Berücksichtigung von Tarifbindung und/oder Betriebsratsstrukturen, des Erhalts von Arbeitsplätzen, auch in der gesamten Liefer- und Produktionskette, Verbraucherschutzbelange, Versorgungssicherheit und Angebotssicherheit insgesamt und insbesondere im ländlichen Raum.

Berlin, den 8. November 2016

**Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

